

# Verantwortung DURCH ZWANG?



Albert Vitali,  
FDP-Nationalrat Luzern

Unternehmen sollen Verantwortung für ihr Handeln übernehmen. Für ihr eigenes Handeln. Wie sieht es aber mit der Verantwortung ihrer in- und ausländischen Zulieferer aus?

---

Die Initiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» (Unternehmensverantwortungsinitiative) verlangt, dass Unternehmen mit Sitz in der Schweiz verpflichtet werden, die Einhaltung von Menschenrechten und anerkannten Umweltstandards in der Schweiz und im Ausland künftig verbindlich in sämtliche Geschäftsabläufe einzubauen.

## WIR SIND DANN MAL WEG....

Solch strikte Regeln sind auf der ganzen Welt einzigartig. Die Schweizer Wettbewerbsfähigkeit würde geschwächt. Für grosse Konzerne wäre es einfach, diese Regeln zu umgehen, indem sie ihren Sitz ins Ausland verlegen. Leidtragende wären die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). In der Realität ist es für KMU angesichts der Komplexität globaler Lieferketten fast unmöglich, die geforderte Einhaltung der internationalen Standards zu gewährleisten. Der bürokratische Aufwand durch Formulare, Fragebögen, externe Audits und teure Berater wäre enorm. Die Initiative verspricht zwar, dass der Gesetzgeber bei der Regelung der Sorgfaltsprüfungspflicht Rücksicht auf die Bedürfnisse der KMU nimmt. Das ist aber praktisch nicht definierbar.

## UMKEHRUNG DER BEWEISLAST

Im Schweizer Rechtssystem muss der Kläger die Beweise für das an ihm begangene Unrecht anführen, nicht der Beklagte. Diese Initiative verlangt aber eine Umkehrung der Beweislast. Das bedeutet, dass der Kläger einfach klagen kann und dann der Beklagte – das heisst das Unternehmen – beweisen muss, dass er sorgfältig gehandelt hat. Diese Umkehrung der Beweislast hebt unser Rechtssystem komplett aus und führt zu Missbräuchen.





Es gibt immer einen Weg:  
Verantwortungsvoll in die Zukunft.

## **UNTERNEHMEN TUN NICHT NICHTS**

Ich unterstütze grundsätzlich die Einhaltung und Umsetzung der Menschenrechte und der Umweltstandards. Unsere Unternehmen sind sich ihrer Verantwortung wohl bewusst und stehen dazu. Das ist meine Erfahrung. Sie unternehmen aus Eigeninitiative grosse Anstrengungen, um den Schutz von Menschenrechten und Umwelt bestmöglich zu gewährleisten. Schliesslich kann sich heutzutage niemand einen Imageschaden leisten und Konsumenten oder Investoren abschrecken. Fast alle haben inzwischen eigene Richtlinien für sozial verantwortungsvolles Handeln (sogenannte Corporate Social Responsibility). Sie halten sich an die OECD-Leitsätze sowie die «Ruggie-Prinzipien» der UNO und arbeiten mit NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen) und ausländischen Behörden zusammen.

Unternehmen sollten nicht als Teil des Problems angesehen werden, sondern als Teil der Lösung. Nur so kommen wir vorwärts im Kampf gegen Menschenrechts- und Umweltverletzungen. Ihr bisheriges Engagement hat vielversprechende Resultate gezeigt.

Ich empfehle Ihnen – genauso wie Bundesrat, Ständerat und Nationalrat – die Unternehmensverantwortungsinitiative abzulehnen. ◇